

Redaktioneller Teil

Bekanntmachung der Geschäftsstelle.

Betr. Mitgliedsbeitrag.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage hat der Vorstand beschlossen, den Mitgliedsbeitrag des Börsenvereins künftig vierteljährlich einzuziehen zu lassen. Dabei soll möglichst Vereinfachung und schnellste Erledigung des Einzugsverfahrens erreicht werden. Wir werden demgemäß jeweils rechtzeitig vor Ablauf des Vierteljahres durch einmalige Bekanntmachung im Börsenblatt zur Einsendung des Vierteljahresbeitrags auffordern. Der Beitrag derjenigen Mitglieder, die ihn bis zum angegebenen Termin nicht eingesandt haben, wird entweder durch Kommissionär oder über die BVB erhoben. Falls auch auf diesem Wege die Beitragsquittung nicht eingelöst wird, erfolgt Einzug zuzüglich Spesen durch Postnachnahme.

Wir fordern hiermit die Mitglieder auf,

den Mitgliedsbeitrag von 11.25 Mark für das erste Vierteljahr 1930 (Januar—März)

auf unser Postscheckkonto 13463 spätestens bis zum 25. Januar 1930 zu überweisen. Bei den Zahlungen bitten wir anzugeben: Betr. M.B. 1. Vierteljahr.

Vorauszahlung des Mitgliedsbeitrags für das ganze Jahr 1930 (45.— Mark) ist erwünscht.

Leipzig, den 2. Januar 1930.

Dr. Heß.

Zum Jahreswechsel.

Von Prof. Dr. G. Menz.

Schon lange wohl nicht ist das deutsche Volk mit so großen ernsten Sorgen wie diesmal in ein neues Jahr eingetreten. Die Ereignisse der letzten Wochen müssen jedem die ganze Schwere der Lage enthüllt haben. Die Frage der bloßen Annahme oder Ablehnung des Young-Planes ist darüber stark in den Hintergrund getreten. Schon vor Monaten ist an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nicht die Gestaltung des Tributplanes an sich, sondern die Art der Rückwirkung auf unsere inneren Verhältnisse das Entscheidende sei. Es wurde vorausgesagt, daß mit der endgültigen Festlegung unserer Verpflichtungen in erster Linie die Frage brennend werden würde, wie die Lasten innerhalb unserer Volks- und Staatswirtschaft verteilt und ihre Aufbringung geregelt werden sollten, und daß deswegen heftigste innerpolitische Kämpfe zu befürchten sein würden. Das ist eingetreten und schon jetzt Wirklichkeit geworden, obwohl das Schicksal des Young-Planes noch gar nicht endgültig entschieden ist und darüber eben erst noch in der zweiten Haager Konferenz debattiert wird. Die gähnende Leere in allen öffentlichen Klassen vom Reich bis zu den Kommunen hat die Krise eher ausgelöst, als anzunehmen gewesen war. Zu deutlich wurde der Wirtschaftsrückgang, als daß man sich noch einmal durch optimistische Etatsüberarbeitungen über die Entscheidung hätte hinweghelfen können. Vor allem aber haben unsere Gläubiger uns gezwungen, Farbe zu bekennen. Mit dem bloßen Ja-sagen zum Young-Plan ist es ja doch nicht getan. Deutschland ist verpflichtet, alles zu tun, was für die Durchführung erforderlich ist. Ein unbelümmertes Fortwirtschafte auf die Gefahr eines völligen Zusammen-

bruchs, der die Erfüllung der Tributpflichten illusorisch zu machen drohte, ist ihm nicht gestattet. Im Notfall wird man ihm deutlich zu machen verstehen, daß ein Tributstaat eben kein Wohlfahrtsstaat sein kann, am allerwenigsten auf Pump. Nichts anderes als das im Grunde hat schon jetzt Parker Gilbert der deutschen Regierung durch Herrn Schacht unmißverständlich sagen lassen. Das war diesmal des deutschen Volkes »frohe Botschaft«. Die von Frankreich angestrebte Kommerzialisierung der kapitalisierten ungeschützten Jahreszahlungen durch Unterbringung einer entsprechenden internationalen Anleihe ist ja nicht möglich, wenn Deutschland vor dem Bankrott steht. Auch hat Amerika an der Übernahme deutscher Kapitalsubstanz — wohl dem einzigen Wege, in dem unsere Tribute auch künftig transferiert werden können — kaum noch Interesse, wenn die Kapitalbildung in Deutschland nicht wieder möglich und Kapitalbesitz nicht wieder ertragreich gemacht wird. Das zwingt zur Umkehr und zur entscheidenden Wendung. Das wäre auch der Fall gewesen, wenn die augenblickliche Finanznot noch einmal zu überbrücken gewesen wäre, ohne daß die Öffentlichkeit davon hätte so deutlich zu hören brauchen. Das hätte dann nur eine Vertagung der Entscheidung bedeutet. Zu umgehen war sie auf keinen Fall. Vielleicht ist es gut, daß sie schon jetzt brennend wurde.

Sieht man von den nächstliegenden äußeren Symptomen ab und den Dingen mehr auf den Grund, so kann nicht entgehen, daß die Krise viel umfassender und tiefergreifend ist, als es zunächst scheinen könnte. Es geht nicht allein um Finanzreform und Verwaltungsrationalisierung. Nicht nur die Formen der Besteuerung, die Wahl der Steuerobjekte, die Staffelung der Steuerfüße und, was damit zusammenhängt, bedürfen der Änderung; der ganze Geist unserer Wirtschaftspolitik muß sich wandeln. Durch die Umwälzungen der letzten Epoche hat manches seinen Sinn verloren, was früher vernünftig war. Das Budgetrecht der Parlamente z. B. wurzelt doch letzten Endes in dem Gedanken, daß diejenigen, die die Steuern zu bezahlen haben, auch über ihre Festlegung mitzubestimmen haben sollen. Das darin liegende Kontrollrecht war zugleich ein Schutz gegen Überlastung und existenzvernichtende Ausbeutung. Ist das noch heute gewährleistet? Ist nicht die tatsächliche Wiederherstellung der alten Idee jetzt wiederum lebensnotwendig, aber eben geradezu im Sinne eines Schutzes gegen das Budgetrecht der Parlamente? Auch der Gedanke der Selbstverwaltung bedarf einer solchen Rückbesinnung auf sich selbst. Was heute unter dem Signum Selbstverwaltung besteht, ist im strengen Sinne gar keine solche mehr, sondern allenfalls eine Majoritäts-, oft sogar eine Minoritätsregierung fast absolutistischer Art. Einst bedeutete Selbstverwaltung doch, daß eine *communitas* die Verwaltung der eigenen Angelegenheit mit den eigenen Mitteln selbständig und selbstverantwortlich übernehmen durfte und mußte. Die dafür geschaffenen Einrichtungen bestehen wohl noch; aber sie arbeiten nicht mehr auf der Grundlage der Verfügung über eigene Mittel, sondern auf der Schatzung fremder. Muß nicht das Fortleben in solchen alten Formen unter wesentlich veränderten Verhältnissen zu argen Selbsttäuschungen führen? Erklärt sich nicht ganz einfach daraus allein, daß ein solcher Zustand nicht gesund sein kann und zur Unerträglichkeit zu werden droht? Unsere Zeit ist in diesem Sinne mit sich selbst im Widerspruch und reif zu völliger Umkehr. Die äußere Not ist nur der